

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 03 86 846 pabn d

Inhalt

Willy Brandt MdB/MdEP
zum jüngsten Spruch der
Schiedskommission: Erinne-
rungen an schlimme Tradi-
tionen. Seite 1

Ernst Haar MdB fordert, für
den Eisenbahnverkehr in
Berlin klare Zuständigkei-
ten zu schaffen: Appell der
Eisenbahner an die Alliiier-
ten. Seite 1a/2

Renate Lepsius MdB zeigt
üble Personalpraktiken der
deutschen Bundespost auf:
Ausbeuterisch und sozial
unerträglich. Seite 3/4

Rudolf Dreßler setzt sich
für die Arbeitszeitverkür-
zung bei Journalisten ein:
Fünf-Tage-Woche kein Tabu.
Seite 5

Lothar Schwartz informiert,
wie sich CDU/CSU auf die
Zeit nach dem 5. Oktober
vorbereitet: Auf die Nie-
derlage eingestellt.
Seite 6

Dokumentation

Herbert Wehner zum Verhält-
nis SPD-Katholische Kirche.

Seite 7/8
Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

35. Jahrgang / 182

23. September 1980

Erinnerungen an schlimme Traditionen

Wo bleibt die Gemeinsamkeit der Demokraten in unserem Land?

Von Willy Brandt MdB/MdEP
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Schiedsstelle hat die Verantwortlichen der Broschüre mit dem schlimmen Titel "Die Moskau-Fraktion der SPD" gerügt. Das - mindestens - durfte man erwarten.

Aber das Gift sickert. Und die Rechnung der Urheber droht doch noch aufzugehen. Die Schiedsstelle selbst hat in ihrer Begründung den unsäglichen Begriff als eine Quasi-Fatsache aufgenommen. Darin heißt es: "Die Gemeinsame Schiedsstelle kann die innerparteiliche Bedeutung der sogenannten Moskau-Fraktion in der SPD nicht beurteilen ...". Meine Partei hat in ihrer ersten Stellungnahme darauf nicht reagiert. Ich kann und will dazu nicht schweigen.

Wissen die Beteiligten eigentlich, wohin es führt, wenn wie auch immer definierte Teile einer der großen demokratischen Parteien auf mehr als indirekte Weise verdächtigt werden, andere als deutsche Interessen wahrzunehmen? Die sonst so gern zitierte "Gemeinsamkeit der Demokraten" wird hier mutwillig nicht nur aufgekündigt, sondern mit Füßen getreten.

Erinnerungen an schlimme Traditionen der deutschen Politik drängen sich auf. Von der Moskau-Fraktion ist es nur ein kleiner Schritt zum Vorwurf des Landesverrates, mit dem - von Seiten einer hetzerischen Rechten - Politiker wie Rathenau und Stresemann belegt wurden. Hier wird überdeutlich, daß weite Teile der Union sich noch immer nicht mit der Vertragspolitik der sozial-liberalen Koalition abgefunden haben. Die ganze Richtung paßt ihnen nicht. Und würde ihnen das Steuer des Staatsschiffes anvertraut, sie rissen es herum. Zu einer Wende ins gefährliche Rückwärts.

Die deutschen Sozialdemokraten werden es nicht zulassen, daß man auf diese perfide Weise einen Keil in ihre Reihen treibt. Wer im Zusammenhang mit der SPD von einer Moskau-Fraktion spricht, muß es sich gefallen lassen, als böswilliger Verleumder oder als leichtgläubiges Opfer von Verleumdungen bezeichnet zu werden.
(-/23.9.1980/ks/ca)



Appell der Eisenbahner an die Alliierten

Klare Zuständigkeiten für den Eisenbahnverkehr in Berlin schaffen

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Der Eisenbahnbetrieb in Berlin (West) ruht seit dem 17. September 1980 fast völlig. Die Westberliner Eisenbahner haben die Arbeit niedergelegt, weil Bezahlung sowie Sozialleistungen ungenügend sind und ein akzeptabler Kündigungsschutz nicht gegeben ist. Für diese Forderungen haben alle gewerkschaftlich organisierten Bundesbahner volles Verständnis.

Schon einmal, am 21. März 1949, traten die Westberliner Eisenbahner für höhere Löhne in den Streik. 12.000 Eisenbahner legten damals ihre Arbeit nieder, um nach der Währungsreform vom Tage vorher die Auszahlung ihrer Löhne und Gehälter in Westwährung und das uneingeschränkte Koalitionsrecht durchzusetzen. 38 Tage dauerte damals der Streik. Erst nach langen Verhandlungen unter Einschaltung der Alliierten zahlte die Reichsbahn ab Ende Juni 1949 Löhne und Gehälter zu 60 Prozent in Westmark, während der Westberliner Magistrat die restlichen 40 Prozent im Verhältnis 1 : 1 umtauschte.

Auch dieses Mal ist eine Lösung des Arbeitskonflikts zwischen der Reichsbahn und ihren Westberliner Beschäftigten nur mit Hilfe der Alliierten möglich. Es kommt darauf an, für den gesamten Eisenbahnverkehr in Berlin klare Zuständigkeiten zu schaffen. Die derzeitige Situation ist ausgesprochen verworren.

Nach dem Kriege übertrugen die Alliierten das Betriebsrecht auf die Reichsbahn. Das Vermögen jedoch wird im Auftrag der Alliierten vom Finanzsenator von Berlin (West) verwaltet. Die Reichsbahn besitzt so zwar die Betriebsrechte und damit



auch die Betriebspflicht, ist jedoch nicht Eigentümer der Eisenbahnanlagen in Berlin (West).

Angesichts des Betriebsdefizits der Reichsbahn im S-Bahn-Verkehr hat die DDR bereits vor längerem angeboten, die S-Bahn an einen anderen Betreiber zu verpachten. Dies ist jedoch keine Lösung. Unabhängig von der Frage, ob ein solches Verpachten angesichts der Tatsache, daß die Deutsche Reichsbahn der Betreiber und nicht Eigentümer der Bahnanlagen ist, möglich wäre, schließt eine Sonderregelung allein für die S-Bahn aus. Die Eisenbahnanlagen in Berlin (West) sind von ihrer technischen Auslegung her eine betriebliche Einheit. Eine Trennung im Non- und Fernverkehr ist da nicht möglich.

Die im Bundesgebiet bei der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands organisierten Eisenbahner appellieren daher an die Alliierten, einen Weg zu finden, der für die Zukunft klare Zuständigkeiten schafft. Die bestehenden alliierten Abkommen haben bisher verhindert, daß die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) die Interessen der Reichsbahner in Berlin (West) vertreten kann. Nach den Satzungsbestimmungen der GdED kann daher an die streikenden Westberliner Eisenbahner auch keine Streikunterstützung gezahlt werden.

Die GdED hat in den letzten Tagen das Verkehrsministerium der DDR und die Deutsche Reichsbahn aufgefordert, sich im Verhandlungswege zu einer arbeitsrechtlichen Lösung der berechtigten Forderungen der Westberliner Eisenbahner bereitzufinden.

Um auch langfristig eine befriedigende Lösung sowohl für die Beschäftigten als auch für die Berliner und ihre Wirtschaft zu erreichen, ist eine grundsätzliche Regelung der Zuständigkeiten im Eisenbahnverkehr von Berlin (West) notwendig. Es ist zu hoffen, daß die Bundesregierung und der Berliner Senat in Verhandlungen mit den Alliierten und der Regierung der DDR eine akzeptable Lösung finden.

Nach Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen Bundesrepublik und DDR sowie des Transitabkommens und des Verkehrsvertrages ist als die Eisenbahnverkehr in Berlin (West) noch ein "weißer Fleck" auf der deutsch-deutschen Landkarte. Die notwendigen Gespräche werden, wie die bisher abgeschlossenen Vereinbarungen gezeigt haben, viel Geduld und Ausdauer verlangen. Eine rasche Lösung läßt sich nicht erzwingen.

Das sollten auch die streikenden Westberliner Eisenbahner bedenken. Wir haben Verständnis für ihre Forderung nach einer raschen Lösung ihrer sozialen Probleme. Die schwierigen Fragen der Rechtsform und der Organisation des Eisenbahnbetriebes in Berlin (West) lassen sich jedoch nicht kurzfristig lösen. Ein Festhalten an dieser Forderung birgt für die Streikenden selbst ein großes Risiko und trägt eher zur Verhärtung der Situation als zu einer zukunftsgerichteten Lösung bei.

(-/23.9.1990/ks/ca)

+ : +



Ausbeuterisch und sozial unerträglich

Wie die Deutsche Bundespost "ihre" Putzfrauen mit neuen Verträgen knebelt

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Während eines Besuches von Frau Staatssekretärin Anke Fuchs in meinem Wahlkreis Rastatt wurden mir von Betriebsräten der Deutschen Bundespost Verträge über Gebäudereinigung zwischen der Deutschen Bundespost, vertreten durch den Präsidenten der Oberpostdirektion (Freiburg) und Arbeitnehmerinnen vorgelegt, die aller sozialdemokratischen Sozialpolitik zur Beseitigung der sozialen, rechtlichen und arbeitsrechtlichen Diskriminierung von Frauen Hohn sprechen. Den Arbeitnehmerinnen werden arbeitsrechtliche Verträge angeboten, aufgrund deren sie eine bisher bei der Bundespost durchgeführte Gebäudereinigung nunmehr im Wege der Fremdreinigung mit Werksvertrag ohne arbeitsrechtlichen Schutz und soziale Sicherung verrichten können. In den mir bekanntgewordenen Arbeitsverträgen hat die Deutsche Bundespost die Privatisierungsbestrebungen soweit getrieben, daß auf Kosten der Reinigungsfrauen die Deutsche Bundespost gesundgeschrumpft wird. Dies steht in krasssem Widerspruch zu dem vom Deutschen Bundestag im Juli verabschiedeten arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetz, nach dem Frauen gegenüber Männern an ihrem Arbeitsplatz nicht mehr benachteiligt werden und durch die Verankerung des Grundsatzes der Lohngleichheit im Bürgerlichen Gesetzbuch bei der Durchsetzung von Ansprüchen geholfen werden soll.

Erstens sieht die Werksvertragsvergütung vor, daß trotz einer Vergütung für eine bestimmte Zeit von Monatsarbeitsstunden in Höhe von rund 400 DM der Bewerber im Wege eines freiwilligen Verzichtes sein Einverständnis mit einer geringer als der errechneten Monatsvergütung anerkennt und damit auf entsprechendes Entgelt in Höhe von rund 50 DM freiwillig verzichtet. Die im Berechnungsbogen über Vergütung von Gebäudereinigung enthaltenen Formulierungen, die zwischen dem errechneten Monatsentgelt und der vom Bewerber geforderten Monatsvergütung unterscheidet, ist blanke Halsabschneiderei und sittenwidrig. Zweitens sind von dem niedrigen Entgelt die Reinigungsmittel für Einrichtungen der Deutschen Bundespost weitgehend selbst zu stellen und zu finanzieren. So heißt es in Punkt 5,4: Der Auftragnehmer hat die zur Reinigung erforderlichen

Geräte und Mittel selbst zu stellen. Die Kosten hierfür sind in der Vergütung enthalten. Drittens ist der Auftragnehmer nach 5,3 für die Erfüllung des Vertrages persönlich verantwortlich. Er hat bei eigener Verhinderung die Erfüllung des Vertrages anderweitig sicherzustellen. Etwaige Hilfskräfte und Vertreter des Auftragnehmers stehen in keinen Rechtsbeziehungen zur Deutschen Bundespost. Mit anderen Worten, wird die Putzfrau krank, kann sie aus ihrem Entgelt dafür selber sorgen, eine Ersatzkraft zu stellen und zu bezahlen. Viertens werden die Reinigungsleistungen nicht vertragsgerecht erbracht, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Arbeiten durch Dritte ausführen zu lassen. Die entstehenden Kosten werden von der dem Auftragnehmer zustehenden Vergütung abgezogen.

Ich halte den vorliegenden Vertrag über Gebäudereinigung, der zwischen der Deutschen Bundespost, jeweils vertreten durch den Präsidenten der Oberpostdirektion, und Auftragnehmern als Vertrag über das Reinigen abgeschlossen werden sollen, für arbeitsrechtlich ausbeuterisch, für sozial unerträglich und für ein öffentliches Unternehmen wie die Deutsche Bundespost für einen Skandal! Ich habe daher Bundespostminister Kurt Gscheidle aufgefordert, unverzüglich Anweisung an die entsprechenden Oberpostdirektionen zu geben und sicherzustellen, daß diese Art von Verträgen im Papierkorb verschwinden. Weiter fordere ich Arbeitsverträge, die mit Arbeitnehmerinnen auf dieser Grundlage abgeschlossen wurden, unverzüglich rückgängig zu machen. Kurt Gscheidle ist aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Deutsche Bundespost in Verbindung mit der Deutschen Postgewerkschaft unverzüglich neue Arbeitsverträge vorbereitet, die die Arbeitnehmerinnen nicht mehr schutzlos und der Ausbeutung durch die Deutsche Bundespost überlassen.

(-/23.9.1980/ks/ca)

+ + +



5-Tage-Woche kein Tabu

Arbeitszeitverkürzung für Journalisten ist dringend geboten

Von Rudolf Dreßler

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeits-
gemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Fragen der Arbeitszeitverkürzung werden in der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Diskussion der 80er Jahre eine wichtige Rolle spielen. Die Arbeitgeber können sich nicht an der Frage vorbeimogeln, wie sich die Arbeitsverhältnisse unter dem Einfluß eines rasanten technologischen Wandels und bei steigendem Leistungsdruck entwickeln.

Die SPD unterstützt in ihrem Wahlprogramm die Gewerkschaften in ihrem Ziel, die tarifliche Arbeitszeit schrittweise herabzusetzen.

Von den morgigen Tarifverhandlungen über eine Arbeitszeitbegrenzung für Redakteure an Tageszeitungen erwartet die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen endlich konkrete Fortschritte. Die Redakteure an Tageszeitungen können von einer humanen Arbeitszeitentwicklung nicht ausgeschlossen werden. Die Journalisten gehören zu den wenigen Berufen, für die bis heute außer der Arbeitszeitordnung (mit der regelmäßigen 48-Stunden-Woche an 6 Tagen) keine Arbeitszeitregelung besteht. Wenn sich die Zeitungsverleger weiterhin dem sozialen Fortschritt in den Weg stellen, dann programmieren sie einen Arbeitskonflikt.

Es geht darum, daß auch Zeitungsredakteuren das zusteht, was für die Mehrzahl der Arbeitnehmer hierzulande eine Selbstverständlichkeit ist: Eine 5-Tage-Woche mit Begrenzung der Stundenzahl. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen steht in dieser Auseinandersetzung solidarisch an der Seite der Deutschen Journalisten-Union und des Deutschen Journalisten-Verbandes.

(-/23.9.1980/bgy/ca)

+ + +



Auf die Niederlage eingestellt

CDU/CSU denken getrennt an die Zeit nach dem 5. Oktober

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Nach dem 5. Oktober 1980 steht der Union die Neuauflage von Kreuth ins Haus. In der Parteizentrale der CDU ist man auf das absehbare Ereignis besser vorbereitet als nach der Bundestagswahl 1976. Die Organisationsabteilung im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn hat Vorbereitungen dafür getroffen, daß innerhalb von drei Wochen ein Sonderparteitag der CDU stattfinden kann, um den Gegenschlag zu einem Kreuth II nach der Bundestagswahl 1980 zu beschließen.

Entgegen allen öffentlichen Beteuerungen und gemeinsamen Offensiv-Übungen im Kampfanzug sieht das Innenleben der beiden Oppositionsparteien ganz anders aus. In der CSU-Zentrale sind unter Stoibers Oberaufsicht Dossiers über die "Kampfmoral" der führenden CDU-Politiker und deren mehr oder weniger heimliche Startvorbereitungen in die Konkurrenz für die nächste Kanzlerkandidatur angelegt und werden täglich fortgeschrieben. In den Schubläden der CSU-Landesleitung in München liegt neben solchen Schuldzuweisungen an "Nordlichter" und sonstige Strauß-Skeptiker das Drehbuch für Begründung und Realisierung der Vierten Partei CSU griffbereit.

Auch in der CDU-Zentrale in Bonn wird für den sich abzeichnenden Ernstfall nach dem Scheitern des Kandidaten Strauß längst über den Wahltag hinaus gedacht und geplant. Neben der organisatorischen Vorsorge für eine schnelle und entschiedene Reaktion auf eine Wiederholung des Kreuther Trennungsbeschlusses vom 19. November 1976 sind auch inhaltliche Vorbereitungen für eine Renovierung des Profils der Union als Volkspartei im Gange. Die Federführung dafür hat nach zuverlässigen Informationen der langjährige persönliche Freund des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl, Richard von Weizsäcker, der auch an der Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms der CDU maßgeblich beteiligt war. Er soll für den CDU-Vorsitzenden die neuen Kleider schneldern, in denen sich Helmut Kohl einer von Franz Josef Strauß befreiten CDU - mit eigenem Landesverband Bayern - als Mann eines neuen Anfangs und mit dem Anspruch auf eine nochmalige Kanzlerkandidatur präsentieren möchte. (-/23.9.1980/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Nach der öffentlichen Diskussion um den Hirtenbrief der katholischen Bischöfe ist den Unions-Parteien und ihrem Kandidaten bald jede Lüge recht, um auf Kosten der Koalitionsparteien und letztlich der Kirchen, Reserven für den Wahlkampf zu mobilisieren. Ohne oder trotz Kenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge wollen Strauß und seine Anhänger der Sozialdemokratie das Etikett der Kirchenfeindlichkeit aufkleben. Was davon zu halten ist, hat der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, bereits 1947 in einem Vorwort zu der Schrift Karl Kautskys "Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche" festgehalten. Wir dokumentieren den Text im Auszug.

Das religiöse Bekenntnis kein Gegenstand des politischen Kampfes

In den politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen, die seit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland um den Neuaufbau unseres verwüsteten Landes geführt werden, versucht die Partei, die sich teils als Christlich-Demokratische, teils als Christlich-Soziale Union bezeichnet, das religiöse Bekenntnis zu einem parteipolitischen Faktor umzuwerten. Ganz neu und sehr originell ist der Versuch nicht. Aber als charakteristisch für unsere Zeit darf es angesehen werden, daß er mit der mehr oder weniger offen ausgesprochenen Absicht unternommen wird, das Bekenntnis zu Religion und Kirche zur Scheidewand gegen die von der Sozialdemokratie vertretenen vernünftigen - und für die Rettung unseres Volkes lebensnotwendigen - Bestrebungen zu einer sozialistischen Neugestaltung der ökonomischen Grundlagen unseres Lebens auszunützen.

Wir haben in den zwölf Jahren nationalsozialistischer Machtausübung erfahren, wohin es führt, wenn das politische Leben aus den Bereichen sachlicher Auseinandersetzungen in die Niederungen der Austragung angeblicher weltanschaulicher Gegensätze gezerrt wird. Zuerst wurden die Arbeiterorganisationen verfolgt und zerschlagen. Nachdem sie aus dem politischen Leben ausgeschaltet waren, wurden systematisch die staatsbürgerlichen Rechte außer Kraft gesetzt. Angeblich wollten die Nationalsozialisten Deutschland vor dem Untergang retten; in Wirklichkeit haben sie es durch die Vergewaltigung der Parteien und Organisationen in die Katastrophe geführt. Mancher Zentrumspolitiker, der anfänglich dazu beigetragen hatte, der nationalsozialistischen Partei Vollmachten für ihren sogenannten Kampf gegen den Marxismus zu geben, ist im weiteren Verlauf der Tragödie selbst zum Opfer der Diktatur geworden. Man kann nicht ungestraft die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft aus dem öffentlichen Leben verbannen.

Die Erinnerung an diesen Versuch, die von der Sozialdemokratie und der sozialistischen Arbeiterbewegung überhaupt repräsentierten gesellschaftlichen Kräfte unter Berufung auf angebliche weltanschauliche Rechte und Pflichten politisch auszulöschen, erscheint um so notwendiger, als ein Teil der offiziellen CDU-Propagandisten sich sogar vieler Schlagworte aus dem nationalsozialistischen Vokabular bedient. Die sogenannte weltanschauliche Sammlung gegen den Marxismus gehört zu diesen Schlagworten, die das politische Leben unseres noch krank darniederliegenden Volkes von vornherein vergiften.

Die Sozialdemokratie ist eine politische Partei. Ihr Programm und ihre Absichten liegen offen. Sie bedarf zur Führung ihres Kampfes keiner geheimen oder geheimnisvollen Richtlinien oder Abmachungen. Ihr Bekenntnis zur Demokratie ist vorbehaltlos und



grundsätzlich. Sie weiß, daß nur die demokratische Staats- und Lebensform unserm Volk die Chance zu einem neuen Leben zu bieten vermag. Damit ist auch ihre Stellung zur Freiheit der Religion und des Gewissens klargestellt. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, ihre Mitglieder und Anhänger auf oder gegen eine religiöse Überzeugung zu verpflichten.

Gerade deswegen wendet sich die Sozialdemokratie gegen den Versuch, das religiöse Bekenntnis zu einem Gegenstand des politischen Kampfes zu machen.

Wenn aber die Sozialdemokratie nicht eine Gegnerin religiöser Überzeugungen an und für sich ist, wenn sie vielmehr gerade durch ihr Programm und ihre politische Praxis die Träger religiöser Überzeugungen vor Verfolgungen, Benachteiligungen und Verunglimpfungen zu schützen bestrebt ist, dann muß der Versuch, sie des Gegenteils zu bezichtigen, und das Bekenntnis zum Christentum zum Monopol einer bestimmten Partei zu machen, von unlauteren Absichten inspiriert und getragen sein. In der Geschichte der Sozialdemokratie, die eine in Kämpfen und Stürmen gewachsene Partei ist, wird dieser Versuch nicht zum erstenmal unternommen. Die Sozialdemokratie kann mit Ruhe und in dem Bewußtsein, daß die Wahrheit zuletzt doch siegen wird, auf ihre Haltung in ähnlichen Auseinandersetzungen vergangener Jahre verweisen, durch die sie unter Beweis gestellt hat, was sie in dieser Beziehung erklärt. (-/23.9.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

